

Gestaltungsmöglichkeiten des Staates in der Wissensgesellschaft unter Bedingungen globalisierter Funktionssysteme

Prof. Dr. Rudolf Stichweh

Universität Luzern

Beitrag zu der Tagung "Moderner Bundesstaat. Handlungsfähig? Bürgernah? Innovativ?"
Friedrich Ebert Stiftung Berlin, 29.-30. April 2004

„Gestaltungsmöglichkeiten des Staates in der Wissensgesellschaft unter Bedingungen globalisierter Funktionssysteme“. Dieser komplizierte Titel benennt präzise verschiedene zu berücksichtigende Aspekte des Themas für eine soziologische Herangehensweise. Die damit verknüpften Leitbegriffe sind: Globalisierte Funktionssysteme, Föderalismus und schließlich Wissensgesellschaft. Diese Begriffe gilt es zu verknüpfen, um zu den mit dem Thema verbundenen Sachverhalten zu kommen.

Zunächst also: Globalisierte Funktionssysteme. Der Begriff verweist auf eine These der soziologischen Systemtheorie. Sie besagt, dass die moderne Gesellschaft aus einer Mehrzahl sachthematisch geschlossener Kommunikationssysteme besteht, von denen sich jedes auf seine Sachthemen spezialisiert und diese Sachthemen auch weitgehend für sich monopolisiert. Auf diese Weise bilden sich gesellschaftsweite Großsysteme der Kommunikation heraus: dazu gehören das Rechtssystem, die Wirtschaft, die Religion, das Erziehungs- und das Wissenschaftssystem, welches im Folgenden mein eigentlicher Gegenstand sein wird. Neben einer Reihe anderer gehört zu den Funktionssystemen eben auch die Politik, in der Moderne jenes System, das sich an die Begrenzungen seiner Handlungsfähigkeit gewöhnen muss. Diese Begrenzungen rühren aus der Tatsache, dass sie nur noch eines unter relativ vielen Funktionssystemen ist und dass sie diesen anderen Funktionssystemen gegenüber auch keine Art von Vorrang oder sonst wie geartete Sonderstellung mehr beanspruchen kann. Diese Tatsache ist wohl die entscheidende sozialstrukturelle Kondition der Politik in der modernen Gesellschaft.

Alle diese Funktionssysteme sind ausnahmslos globalisierte Funktionssysteme, das heißt: es sind Kommunikationszusammenhänge, die nicht nur einen lokalen oder nationalen Kommunikationsraum aufspannen. So verschieden sie im Einzelnen auch sind - jedes dieser Funktionssysteme verwirklicht weltweit Interdependenzen. Dieses Moment der Globalisierung ist nicht etwa eine erst in den letzten Jahrzehnten geschehene Hinzufügung zum Prinzip der funktionalen Differenzierung. Vielmehr ist es dem Prinzip inhärent. Bei

funktionaler Differenzierung in einem Gesellschaftssystem werden, wie beschrieben, Sachthemen monopolisiert, beispielsweise rechtliche Gesichtspunkte im Rechtssystem oder künstlerische im System Kunst, diese sind gegenüber anderen sozialen Relevanzen im System dominant. In den jeweiligen Kommunikationszusammenhängen, zum Beispiel des Rechts oder der Kunst, ist kein Motiv mehr zu erkennen, warum die darin erhobenen Ansprüche lokal oder national eingeschränkt werden sollten.

Dieses Prinzip einer nur schwer begrenzbaren, nur schwer aufhaltbaren Globalisierung gilt selbstverständlich auch für die Politik selbst, die sich seit längerem als staatlicher Zusammenhang konstituiert hat, der seine Identität im Blick auf und in der Konkurrenz zu anderen Staaten gebildet hat. Staatlichkeit ist ja eine relativ späte Erfindung in der Geschichte der menschlichen Gesellschaften. Es gibt Staatlichkeit seit dem europäischen Mittelalters, sagen wir des 10. und des 11. Jahrhunderts, und es gibt sie immer nur als eine Systembildung in einem zunächst europäischen, später dann weltweiten System von Staaten. Alle anderen Funktionssysteme – das Recht und die Kunst beispielsweise - bilden gewissermaßen die soziale Umwelt dieses weltweiten Systems von Staaten.

Föderalismus, mit dem zweiten Begriff auch das Thema, das hier besonders im Vordergrund steht, bedeutet dann eine weitere Komplikation dieser Sozialstruktur, weil der Föderalismus der Pluralisierung von Staaten in einem globalen System noch ein Moment hinzufügt: innerhalb des einzelnen Staats wird die Staatlichkeit gewissermaßen über mehrere Ebenen der Systembildung verteilt. Unser Interesse gilt nun im folgenden nicht der funktionalen Differenzierung auf einer Ebene der Allgemeinheit -, sondern es geht um das Bildungs- und das Wissenschaftssystem in seinem Verhältnis zum politischen System und zu der staatlichen Form, die das politische System angenommen hat. Dies ist deshalb ein bemerkenswerter Studiengegenstand, weil wir es im Fall des Bildungs- und des Wissenschaftssystems nicht mit einem, sondern mit zwei verschiedenen Funktionssystemen der modernen Gesellschaft zu tun haben.

Einerseits geht es um Wissenschaft, das heißt um jenes System der Produktion und der Reproduktion von Erkenntnissen, das sich in seinen Kommunikationen darauf konzentriert, die Wahrheit oder die Unwahrheit der in ihm erarbeiteten Erkenntnisse zu prüfen. Diese beiden Leitmotive, einerseits der Erkenntnisproduktion und andererseits der Wahrheitsprüfung hinsichtlich der erarbeiteten Erkenntnisse, sind offensichtlich nicht das Problem des Bildungssystems, oder, wie es besser vielleicht heißen würde, des Erziehungssystems. Ich verwende diese beiden Worte hier synonym, da die so erzielte Genauigkeit für unsere Zwecke ausreichen mag.

Die beiden Leitmotive des Wissenschaftssystems sind nicht das Problem des Bildungssystems. Dieses benutzt in seinen Prozessen zwar unter anderem wissenschaftliches Wissen als Themen der Lehre und des Unterrichts, aber es geht dabei nicht um die Neuheit oder um die Wahrheit dieses Wissens, also nicht um die Gesichtspunkte, die in der Wissenschaft zählen. Vielmehr steht immer die Frage der Bildungswirkungen und der Erziehungswirkungen, die dem Wissen zugeschrieben werden, im Vordergrund.

In historischer Perspektive ist es dann eine interessante Variable, ob man das Wissen, das man für neu und für wahr hält, und das Wissen, dem man Erziehungs- und Bildungswirkungen zuschreibt, miteinander identifiziert. Über den größten Teil der Gesellschaftsgeschichte war dies nicht der Fall. Noch in der europäischen Frühen Neuzeit lehrte man in den Schulen etwas ganz anderes, vor allem Latein, dem man immense Bildungswirkung zuschrieb. Die Wissenschaft stand daneben und betrieb ein ganz anderes Geschäft.

Die Verve, mit der heute teilweise noch der Bildungswert des Lateinischen verteidigt wird, wirkt wie eines der letzten Rückzugsgefechte eines Bildungsideals, das seine Themen und Wissensbestände unabhängig von der Wissenschaft etablieren wollte.

Erst die Moderne des 19. bis 21. Jahrhunderts setzt, historisch eigentlich zum ersten Mal, auf das entgegengesetzte Extrem, wenn und soweit sie daran glaubt, dass sich Bildung im Medium wissenschaftlichen Wissens vollzieht.

Im Gegensatz dazu ist die seit jetzt 200 Jahren immer wieder postulierte Einheit von Forschung und Lehre die zugespitzteste Formulierung eines Wissenschaftsideals, das zugleich Bildungsideal sein will. Jener Akt der Lehre, der in den Lehrzusammenhängen der Universität die Forschung zur Anschauung bringen will, will ja zugleich Akt der wissenschaftlichen Erneuerung und der Reproduktion des Wissens sein. So zumindest die in Romantik und Idealismus entstandene klassische Form der deutschen Universitätstheorie, die heute in gewisser Hinsicht weltweit verbreitet ist.

Damit sind wir bei der Universität angekommen, jener Organisation, die für unsere Zwecke besonders interessant ist, weil sie als Organisation gleichgewichtig an zwei Funktionssystemen der modernen Gesellschaft partizipiert: Einerseits sind alle ihre akademischen Rollen so definiert, dass Zugang zu diesen nur derjenige oder diejenige haben soll, der oder die sich in den Kommunikationszusammenhängen des Wissenschaftssystems für eine ausgezeichnete Stelle in der Universität qualifiziert hat. Das heißt, die Organisation Universität zeichnet in der Besetzung ihrer Positionen Erfolge und Reputationshierarchien nach, die sich außerhalb ihrer etabliert haben und auf die sie keinen wirklichen Zugriff hat. Das ist eine sehr ungewöhnliche Struktur, die Sie in keiner anderen Organisation so finden.

Andererseits ist die Universität zunehmend eine Masseneinrichtung des Erziehungswesens, so dass das Wissenschaftssystem damit leben muss, dass es nur auf dasjenige Personal für die Fortsetzung der Forschung rechnen kann, das gewissermaßen im Nebenberuf oder im zweiten Hauptberuf den Anforderungen einer Organisation der Massenerziehung gewachsen ist und das diese verschiedenen Anforderungen auch noch gleichzeitig im täglichen und wöchentlichen Wechsel auszuhalten im Stande ist. Dies ist interessanterweise eine Problemlösung, die sich weltweit durchgesetzt zu haben scheint. Es sind kaum abweichende Varianten zu finden. Die Universität ist also der interessante Fall und ein interessanter Studiengegenstand als jene Organisation, die nahezu symmetrisch an zwei Funktionssystemen der modernen Gesellschaft partizipiert.

In gewisser Hinsicht sind natürlich alle Organisationen, auch Wirtschaftsunternehmen oder Kirchen, immer plurifunktional in dem Sinne, dass in ihnen systematisch Kommunikationen vorkommen, die verschiedenen Funktionssystemen zuzurechnen sind. Natürlich wird in Kirchen auch politisch kommuniziert und entstehen in Wirtschaftsorganisationen auch Intimbeziehungen. Aber das ändert nichts daran, dass in allen diesen Organisationen dies immer unter der Dominanz einer der funktionalen Leitperspektiven der modernen Gesellschaft geschieht. Die anderen vorkommenden Funktionszusammenhänge haben im Vergleich dazu dann immer einen subordinierten, manchmal fast illegitimen Status.

Die Universität verkörpert dem gegenüber wahrscheinlich den einzigen Fall einer durch die gleichgewichtigen Erwartungen zweier Funktionssysteme austarierten Symmetrie.

An dieser Stelle sollte man die Politik und den Staat ins Spiel bringen. Welche Gestaltungsmöglichkeiten haben sie im Blick auf diese Systeme, von denen ich hier ansatzweise zu sprechen versuche: Bildungs- und Wissenschaftssysteme, insbesondere auf jenen Komplex, an dem sie zusammenkommen: den Komplex der Universität. Welche Gestaltungsmöglichkeit hat die Politik? Und ist es überhaupt wünschenswert, dass Politik und Staat Gestaltungsmöglichkeiten haben? Sollte man sich nicht eher davor fürchten?

Ich begnüge mich im ersten Schritt mit einer systemtheoretischen Antwort auf diese Frage.

Wenn man die Theorie autonomer Systeme ernst nimmt, die diese als operational geschlossen und stets auf der Ebene bestimmter basaler Operationen arbeitend beschreibt, etwa der Zahlungen im Wirtschaftssystem, dann besitzt nie ein Funktionssystem - also zum Beispiel der Staat - im Bereich eines anderen oder gar mehrerer anderer Funktionssysteme Gestaltungsmöglichkeiten. Wenn man diese Theorie ernst nimmt, gibt es das Phänomen überhaupt nicht. Die Kommunikationen eines Funktionssystems können die Prozesse eines anderen Funktionssystems allenfalls stören oder sie können sie irritieren. Der Begriff der

Störung beinhaltet hier auch das Moment des Unerwarteten und der Überraschung und er bedeutet, dass diese Störung noch nicht in systemeigene Information umgearbeitet worden ist. Eine Störung ist etwas, was ein System tut, was in einem anderen System irritierend wirkt; was so lange irritierend wirkt, solange es noch nicht in systemeigene Informationen umgearbeitet worden ist. Wenn das passiert ist, ist es etwas Systemeigenes; es ist aber nicht mehr die Störung, die ursprünglich auf das System auftrat.

Diese Umarbeitung geschieht in der Folge dann. Das System, in unserem Falle das Erziehungssystem und das Wissenschaftssystem, weist, nachdem es diese Störungen umgearbeitet hat, Strukturen auf, die gegenüber dem Ausgangszustand verändert sind. Aber nie lässt sich dieser Vorgang als Gestaltung eines Funktionssystems durch ein anderes deuten. Wie sieht derselbe Zusammenhang aus der Perspektive des Erziehungs- und des Wissenschaftssystems aus? Wollen und müssen diese aus systemeigenen Gründen durch den Staat gestört werden? Die Frage ist vermutlich zu bejahen.

- Erstens gibt es die Abhängigkeit des Systems von externen Ressourcen, insbesondere von Geld. Weder die Erziehungsinstitutionen noch die Wissenschaft können dieses Geld in der Regel durch den Verkauf ihrer systemeigenen Leistungen erwirtschaften. Obwohl es natürlich gerade in dieser Dimension beträchtliche Spielräume gibt. Die betreffenden Systeme brauchen das Geld ja auch nicht eigentlich für das Prozessieren im System selbst. Schließlich werden erfolgreiche Studenten mit Noten bezahlt; wenn ich das so sagen darf. Wissenschaftliche Erfolge werden im Medium Reputation honoriert; zumindest im Wissenschaftssystem selbst. Für einen lang dauernden Arbeitstag in einer akademischen Forschungsinstitution benötigt man im Übrigen kaum Geld. Wie sollte man es dort verbrauchen. Nur sind auch Wissenschaftler darauf angewiesen, ihren Familien, die, während sie arbeiten ja auf sie warten müssen, demonstrieren zu können, dass die im System erwirtschaftete Reputation eine Art konvertible Währung ist, das sie also an der Grenze des Systems in Geldeinkommen umgetauscht werden kann.

Auch die Lieferanten der Apparate, mit denen man forscht oder unterrichtet, erwarten eine Zahlung mit Geld; sind in der Regel nicht damit zufrieden, in der Fußnote einer Publikation eine dankende Erwähnung zu finden. Also brauchen Erziehung und Wissenschaft Geld. Im Gegenzug müssen sie dazu bereit sein, Störungen durch den Staat und andere Geldgeber in Kauf zu nehmen.

- Zweitens gibt es eine noch fundamentalere Hinsicht, in der man einen inneren Bedarf für externe Störungen diagnostizieren kann. Dies hat damit zu tun, dass es vermutlich in jedem System Tendenzen zur Erstarrung, zum Stillstand oder gar zum Verfall geben wird, wenn

dieses System nicht unablässig durch die Erwartungen und Störungen durch externe Adressaten angestoßen wird. Auch wenn das System diese Irritationen und Störungen unhintergebar in selbst erzeugte Informationen nach systemeigenen Gesichtspunkten umrechnet, braucht es offensichtlich immer wieder externe Adressen, die es dazu provozieren, diesen Vorgang der Wandlung in immer neuer Weise zu tun. In dieser Hinsicht gibt es ein heimliches Bündnis der Bildung und der Wissenschaft mit all den Belästigungen, die sie unablässig durch die Politik erfahren. Das System vollzieht seine Reproduktion und seine Erneuerung einerseits durch den laufenden Widerstand gegen, andererseits die laufende Anpassung an die Störungen, die ihm von außen widerfahren.

Damit ist aber noch nichts darüber gesagt, wie sich diese Störung von Bildung und Wissenschaft durch den Staat vollziehen sollte. An dieser Stelle kann man den Föderalismus als eine politische Struktur ins Spiel bringen. Föderalen Strukturen kommt in politischen Zusammenhängen eine ähnliche Funktion zu, wie sie die Organisation oder das Einzelunternehmen im Wirtschaftssystem übernimmt. Beide, das Wirtschaftsunternehmen ebenso wie eine föderal diversifizierte Politik, dienen gleichsam als ein Suchschematismus oder als eine Art Entdeckungsverfahren, die es im besten Fall wahrscheinlich machen, dass der Raum wirtschaftlicher Alternativen bzw. der Raum politischer Alternativen so umfassend wie möglich exploriert und vermessen werden. Es tritt dann nicht nur das schmale Spektrum an Wahrnehmungsleistungen, deren eine zentralstaatliche Politik fähig wäre, in politische Entscheidungsprozesse ein, vielmehr werden auch lokale und regionale politische Räume umfassend exploriert.

Weiterhin leisten erneut beide, das Wirtschaftsunternehmen und eine föderal organisierte Politik, eine Risikoverteilung, eine Risikoabpufferung, sobald es um die Umsetzung von Wahrnehmungen ihrer Entscheidungen geht. Für ein föderal organisiertes politisches System bedeutet das: was auch immer politisch entschieden wird, betrifft in der Umsetzung nur das, was in der Reichweite der entscheidenden Organisation liegt. Andere Instanzen, also beispielsweise andere föderale Räume, die noch nicht oder anders entschieden haben, können unterdessen zusehen und abwarten. Je nach positiven oder negativen Folgen des Entschieden werden sie nachholend imitieren oder sich freuen, dass sie diesen Irrweg nicht mitgegangen sind.

Der hauptsächliche Unterschied zwischen einer unternehmensbasierten Wirtschaftsverfassung und einer föderalen politischen Struktur besteht dann darin, dass die Wirtschaft völlig unhierarchisch operiert, also Millionen von Unternehmen ohne eine hierarchische Ordnung nebeneinander setzt, während die Politik bekanntlich eine hierarchische Mehrebenenstruktur

von Lokalem, Regionalem, Nationalem und Globalem herausbildet und die Einheiten der niederen Ebenen - das ist eine ganz bemerkenswerte Erfindung - sorgfältig und präzise in die Einheiten der oberen Ebenen einschachtelt.

Dieser Unterschied zwischen Wirtschaft und Politik hat offensichtlich mit dem Moment der Kontrolle des Raums durch die Politik zu tun. Dieses Motiv spielt in der Wirtschaft keine vergleichbare Rolle, sondern ist gewissermaßen in das Nebenthema der Logistik abgeschoben.

Es ist eine interessante politiktheoretische Frage, ob diese sauber geordnete Hierarchie von räumlich geordneten Ebenen in der Weltgesellschaft überleben wird. Am Beispiel der EU fällt etwa auf, dass die politischen Räume, die sie zu kontrollieren beansprucht, erheblich differieren - je nachdem, von welchem Politikbereich die Rede ist. Militärisch kontrolliert die EU einen ganz anderen Raum als sie es zum Beispiel währungspolitisch tut, und für andere Politikbereiche sieht es erneut ganz anders aus.

Was bedeutet dieses Moment einer föderalen politischen Struktur nun für unsere Leitfrage nach der Gestaltung oder besser Störung oder Irritation des Bildungs- und Wissenschaftssystems? Eine sich aufdrängende Antwort würde sagen, dass die föderale Diversifikation des Politischen, die nach innen vor allem als Entdeckungsverfahren und als Risikoverteilungsmechanismus wirkt, nach außen vor allem den Vorteil hat, dass sie die Abhängigkeiten der Fremdsysteme, also beispielsweise die Abhängigkeit von Bildung und Wissenschaft von Politik, reduziert und dass sie sie ausbalanciert.

Es ist eines der am besten konsolidierten Theoreme der Disziplin Soziologie, dass die Abhängigkeit eines Systems von anderen Systemen solange mit der Autonomie dieses ersten Systems gut verträglich ist, solange es sich um eine plurale Abhängigkeit handelt, das heißt um die Abhängigkeit von mehreren Fremdsystemen. Autonomie ist mit Abhängigkeit kompatibel, aber es muss eben eine Abhängigkeit von einer Mehrzahl anderer Systeme sein. Wenn man von einer Mehrzahl von Fremdsystemen gestört wird und wenn diese Störungen nicht untereinander koordiniert sind, dann erlaubt dies autonomie- und systemeigene Systematik im Umgang mit diesen Irritationen. Man kann bestimmte dieser Störungen einfach ignorieren, andere mit Verweis auf kontradiktorische Impulse gegeneinander ausspielen; eine dritte Klasse von Störimpulsen mit einer sie synthetisierenden Reaktion aufnehmen, die die Autonomie in der Reaktion erhält. Und all dies erlaubt für das so operierende System die Selbstselektion, die Selbstauswahl eines Entwicklungspfad, auf dem sich das System einerseits zwar laufend selbst korrigiert, in dem es aber doch Konsistenz und innere Programmatik zu wahren im Stande ist.

Aus diesen Überlegungen folgt nun, dass eine föderale politische Struktur in vielen Hinsichten eine optimale Umwelt für Bildungs- und Wissenschaftssysteme ist. Sie erlaubt den Erziehungs- und den wissenschaftlichen Organisationen, ihre Abhängigkeiten zu pluralisieren und sie gewissermaßen gegeneinander auszubalancieren, vielleicht auch gegeneinander auszuspielen. Das schließt nicht aus, dass einzelne dieser Erziehungsorganisationen, zum Beispiel einzelne Universitäten, ein präzises einzelnes Gegenüber mit starkem, fast dominantem Einflusspotenzial haben. Aber es darf eben nicht für verschiedene dieser Organisationen immer dasselbe Gegenüber sein. Solange ist dieser im einzelnen Fall vorkommende starke Einfluss eines Gegenübers unproblematisch.

Aus dieser Diagnose folgt nun im nächsten Schritt unmittelbar eine Art Anweisung für die Politik: Sie sollte im Sinne einer Einführung einer beobachteten fremden Struktur in die eigene Handlungsplanung sich das Prinzip von deren Autonomie, welche die Form einer multiplen Abhängigkeit hat, zu eigen machen. Sie sollte ihre eigene Tätigkeit in diesem Sinn orientieren und sie in diesem Sinne zugleich auch beschränken. Auf die Autonomie dessen, was sie zu kontrollieren und zu gestalten versucht, muss sie dringend achten und verstehen, dass diese Autonomie immer von der Frage einer Pluralisierung von Abhängigkeiten abhängt. Was kann das nun mit Blick auf das Bildungs- und Wissenschaftssystem praktisch bedeuten? Das kann ich jetzt nicht mehr ausführlich ausbuchstabieren. Ich will es nur Dies soll zwei Beispielen in aller Kürze erläutert werden

Zunächst ist erneut auf die finanziellen Ressourcen zu blicken. Diese sind unzweifelhaft wichtig, obwohl man sie für die systemeigenen Prozesse eigentlich gar nicht braucht, weil sie gewissermaßen erst an der Grenze, wo die systemeigenen Prozesse konvertiert werden, wichtig werden. Wenn man sich Universitäten in Deutschland ansieht, dann ist ihre wohl auffälligste strategische Schwäche im Vergleich zu Universitäten anderer Länder eben dieses Fehlen einer Pluralität der Quellen finanzieller Ressourcen, aus der eine unilineare Abhängigkeit von einem fast einzigen Modus der Finanzierung resultiert. Insofern wäre die sehr einfache, zunächst noch sehr abstrakte Handlungsanweisung an die Politik in der Tat die, Handlungsstrategien zu entwickeln, welche diese Abhängigkeiten der Universitäten von einer einzigen Finanzierungsform aufheben und lockern. Im Ergebnis müsste ein plurales System des Angewiesenseins auf Finanzquellen verschiedener Richtungen entstehen, die dann wiederum verschiedene Orientierungen begünstigen würden.

Dasselbe Prinzip gilt auch in einem allgemeineren Sinne: dem der organisationalen Eingebundenheit des Bildungs- und Wissenschaftssystems in die Gesellschaft. Die Politik sollte und müsste begreifen, dass sie unter allen pluralen gesellschaftlichen

Funktionssystemen nur eines ist. Das würde einen freiwilligen Rückzug von ihrem bisherigen Status des dominanten Gegenübers bedeuten. Politik sollte sich zweifellos und legitimerweise die Responsivität der Organisation der Bildung und der Wissenschaft gegenüber den anderen Funktionskomplexen der Gesellschaft zur Aufgabe machen. Aber sie dürfte sich nicht verstehen als gewissermaßen stellvertretend wie ein Repräsentant, der für alle diese anderen Funktionskomplexe spricht und vermittels des gestaltenden Durchgriffs handelt.

Daraus folgt zwingend: Sie muss sich erneut relativ formal beschränken. Sie muss darauf drängen, dass in der Universität und in den anderen Organisationen des Bildungs- und Wissenschaftssystems responsive Strukturen eingerichtet werden, welche die Reaktionsfähigkeit dieser Organisationen gegenüber vielfältigen gesellschaftlichen Erwartungen stärken. Aber dies ist eben eine nur formale Gestaltung durch die Politik, die sich danach zurückzieht, weil sie unter den vielfältigen gesellschaftlichen Umwelten der Bildung und der Wissenschaft heute nur noch eines sein und in keiner Weise mehr eine privilegierte Stellung für sich reklamieren will.

In unserem Thema ist noch ein Wort nicht erklärt - dieses Wort heißt ‚Wissensgesellschaft‘ und es wird heute überall gern verwendet. Hat dies eigentlich seine Berechtigung? Leben wir in einer Wissensgesellschaft? Was könnte der Sinn dieser Diagnose sein?

Der Reiz des Begriffes `Wissensgesellschaft besteht in seiner Beschreibung der Pluralisierung des Wissens. Wir befinden uns in einer Umbruchsituation, in einer neuen Phase gesellschaftlicher Entwicklung, in der neben der Verwissenschaftlichung der Erziehung und Bildung noch etwas anderes passiert: Universität und Wissenschaft verlieren in manchen Hinsichten den Status des privilegierten und fast einzigen Ortes der Produktion gesellschaftlich relevanten Wissens. In gewisser Weise radikalisiert sich das Prinzip funktionaler Differenzierung noch einmal und wendet sich auf die einzelnen Funktionssysteme der Gesellschaft an. Das meint vermutlich die Diagnose von der Wissensgesellschaft. Überall in der Gesellschaft, in den Kommunikationszusammenhängen des Wirtschaftssystems oder auch der Politik, beispielsweise in Beratungstätigkeiten, wird eigengeneriertes Wissen angewendet, welches offensichtlich nicht mehr aus dem Wissenschaftssystem stammt, kein wissenschaftliches Wissen ist, sondern Eigenqualität besitzt. In diesem Sinne beobachten wir eine Pluralisierung der Form des Wissens und eine Pluralisierung der Orte der Wissensproduktion in der modernen Gesellschaft. Es gibt heute relevante Formen der Wissensproduktion fast in allen Funktionssystemen der Gesellschaft. In gewisser Hinsicht erfährt die Wissenschaft eine ähnliche Kränkung, wie sie die Politik schon am Anfang der Moderne erfahren hat. Für die Politik war dies die Erfahrung der funktional differenzierten

Gesellschaft und der Relativierung ihres gestaltenden und steuernden Zugriffs auf die Gesellschaft. Auch die Wissenschaft muss ihre Relativierung begreifen: einerseits produziert sie zweifellos unverzichtbar wichtiges Wissen, welches eine technische Effizienz und eine technische Durchdringung der Gesellschaft erzeugt hat, die historisch singulär ist. Andererseits entstehen heute auch in den anderen Funktionssystemen und teilweise unabhängig von der Wissenschaft eigentümliche Formen des Wissens - denken wir nur an die Charts der Analysten, das hat mit Wissenschaft nichts zu tun, aber die gesellschaftliche Relevanz ist dramatisch! Wissenschaft muss sich nunmehr neu orientieren und Möglichkeiten finden, wie sie mit diesen anderen Funktionssystemen und deren autonomen Formen der Wissensproduktion umgehen kann.

Auch der Wissenschaft bleiben verschiedene Reaktionsmöglichkeiten. Sie kann, ähnlich wie die Politik, eine Art reflexive Wendung auf die eigene Relativierung vollziehen und sagen: Wir machen nun Wissenschaft, die eine wissenschaftliche Beobachtung der Wissensproduktion der anderen Systeme ist. Das ist eine interessante, eine denkbare Option. - Sie kann sich auch auf die Grundlagen wissenschaftlichen Wissens zurückziehen, das sie als ihr innerstes Eigenes erfährt. - Sie kann dies alles aber auch als Lernchance begreifen.

Der Terminus der Wissensgesellschaft macht ein weiteres Prinzip sichtbar und arbeitet es heraus: das Prinzip des Wissens kann nicht mehr bei einem der Funktionssysteme der modernen Gesellschaft isoliert werden. Es steht orthogonal zum Prinzip funktionaler Differenzierung und ist in diesem Sinne nur eine der angemessenen Beschreibungen der gegenwärtigen Gesellschaft.